

Anlage zur Pressemitteilung zum Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages am 22.01.2021

Statements in voller Länge von:

- Tiemo Wölken (SPD), Mitglied des Europäischen Parlaments
- Filiz Polat ((Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Bundestages
- Volker Bajus (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Niedersächsischen Landtages
- Osnabrücker Friedensinitiative OFRI
- DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen) Osnabrück
- IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung) Regionalgruppe Osnabrück
- Erich Maria Remarque-Gesellschaft e.V.
- Ev.-luth. Kirchenkreis Osnabrück
- pax christi Regionalverband Osnabrück/Hamburg
- Friedensort Osnabrück (Träger Ev. Landeskirche)

Statements der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des ICAN-Abgeordneten-Apells

Tiemo Wölken, SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments

„Der heute in Kraft getretene UN-Atomwaffenverbotsvertrag ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Für mich als Abgeordneter im Parlament der Europäischen Union, die trotz aller Kritik ein großes Friedensprojekt ist, ist es selbstverständlich, dass ich das Verbot von Atomwaffen unterstütze. Dabei weiß ich auch die SPD Osnabrück an meiner Seite, die sich 2018 dafür ausgesprochen hat, das Atomwaffenverbot zu unterstützen.

Ich hoffe, dass durch diese mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Initiative, der Druck wächst, zugesagte Abrüstungsschritte endlich umzusetzen und echte Fortschritte in der nuklearen Abrüstung auszuhandeln. Die nuklear bewaffneten Länder müssen endlich in ein Nachdenken kommen und überprüfen, ob diese Art von Waffen tatsächlich notwendig ist.

Allen zivilgesellschaftlichen Gruppen, ob in Osnabrück oder darüber hinaus, gilt mein Dank, dass sie mit Ihrem Engagement ein Stück weit mit dafür verantwortlich sind, dass dieser Vertrag nun in Kraft tritt.“

Filiz Polat, Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Bundestages

"Atomwaffen sind ein furchterliches Relikt aus einer Zeit unerträglicher internationaler Spannungen. Mit Blick auf eine ungewisse Zukunft darf ein deutsches Bekenntnis zu einem Verbot von Atomwaffen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Heute vernichtete Waffen sind morgen verhindertes Leid und gleichzeitig ein Bekenntnis zu einer multilateralen, friedvollen Zukunft."

Volker Bajus, Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Niedersächsischen Landtages

„Als Politiker der Friedensstadt freue ich mich besonders, dass das Verbot jetzt in Kraft tritt. Frieden braucht internationale Lösungen und weltweite Unterstützung. Es ist überfällig, dass auch Deutschland das Abkommen endlich ratifiziert. Dafür setze ich mich gerne weiter ein.“

Statements der Initiativen und Vereine

Osnabrücker Friedensinitiative

„OFRI begrüßt die Rechtskraft des UN-Vertrags zum weltweiten Verbot von Atomwaffen“

Der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen tritt am 22. Januar 2021 endgültig in Kraft, nachdem der 50. Staat ihn ratifiziert und die Urkunde bei der UN hinterlegt hat (1). Die Osnabrücker Friedensinitiative OFRI beglückwünscht die Unterzeichnerstaaten und gratuliert den zivilgesellschaftlichen Initiatoren zu diesem Erfolg.

Vor mehr als 3 Jahren haben sich 122 Staaten in der UN-Generalversammlung für den Atomwaffenverbotsvertrag ausgesprochen. Mittlerweile haben ihn 86 Staaten unterzeichnet und davon bereits 51 Staaten ratifiziert (2). Für diese Staaten ist der Vertrag somit ab jetzt völkerrechtlich bindend. Der Vertrag geht auf eine weltweite zivilgesellschaftliche Initiative von ICAN zurück (3). Deren Initiative wurde von "kleinen" Staaten als UN-Mitglieder in einen Prozess zur Aushandlung des endgültigen UN-Vertrages zur Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen eingebracht. Der ausgehandelte Vertrag verbietet die Entwicklung und Produktion, den Test, Erwerb, Transport, die Lagerung und Stationierung sowie die Drohung mit und den Einsatz von Atomwaffen jeglicher Art. Hintergrund für diesen Ablauf war die weltweite immer mehr zunehmende Unzufriedenheit großer Teile der Menschheit und einer Vielzahl von Staaten mit den regelmäßig alle 5 Jahre stattfindenden und zunehmend erfolglosen Überprüfungskonferenzen nach dem Atomwaffensperrvertrag (NVV) (4). Das zentrale Arrangement des NVV war seitens der atomwaffenfreien Staaten ihre Bereitschaft, auf Atomwaffen zu verzichten und seitens der Atomwaffenstaaten die Verpflichtung abzurüsten. Abrüstung hieß nicht nur zu reduzieren, sondern ernsthaft eine Entwaffnung anzustreben. Die Atomwaffenstaaten sind ihren Abrüstungsverpflichtungen bisher nicht nachgekommen und es sind keine Schritte bezüglich ernsthafter und umfassender Abrüstungsbemühungen dieser Staaten zu sehen.

Neben den Atomwaffenmächten hat sich auch Deutschland in hochgradig peinlicher und völlig inakzeptabler Weise gegen die UN-Verhandlungen zu dem Atomwaffenverbotsvertrag gestellt. Zusammen haben sie sich den Verhandlungen verweigert und letztlich auch gegen den Vertrag gestimmt. Erstmals hat Deutschland gezielt gegen einen Vertrag zur Begrenzung von Massenvernichtungswaffen agiert - im Schulterschluss bzw. im Rahmen einer Nato-Absprache mit den westlichen Atommächten. Trotzdem ist dieser Atomwaffenverbotsvertrag 2017 in der UN beschlossen worden und die Initiatoren (ICAN) haben 2017 den Friedensnobelpreis erhalten.

Auf Grund dieser Verweigerungshaltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Atomwaffenverbotsvertrag gibt es mittlerweile mehr als 540 Abgeordnete aus deutschen Landesparlamenten, dem Bundestag sowie deutsche EU-Parlamentsabgeordnete, die die "ICAN-Erklärung für Abgeordnete unterzeichnet haben (5). In der Erklärung heißt es: "Als Abgeordnete geloben wir, auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses bahnbrechenden Vertrages durch unsere jeweiligen Staaten hinzuwirken, da wir die Abschaffung von Atomwaffen als hohes, globales öffentliches Gut begreifen und als einen wesentlichen Schritt zur Förderung der Sicherheit und des Wohls aller Völker." Aus dem Raum Osnabrück hatten Frau F. Polat (MdB, Bündnis 90/Grüne) und Herr T. Wölken (MdEP, SPD) diese Erklärung in den vergangenen Jahren bereits unterschrieben. Im Herbst 2020, 75 Jahre nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki, an denen bis heute mehr als 200.000 Menschen gestorben sind, haben Osnabrücker Friedensorganisationen nicht nur eine große Plakataktion in der Stadt durchgeführt, sondern auch eine neue Initiative gestartet. Mit Verweis auf das weltweite Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe haben sie alle weiteren Abgeordnete für den Landkreis und die Friedensstadt Osnabrück im Niedersächsischen Landtag und im Bundestag angeschrieben, sich der ICAN-Erklärung für Abgeordnete anzuschließen und sich damit für eine Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages einzusetzen. Der gerade in den Landtag nachgerückte Abgeordnete Herr V. Bajus (Bündnis90/Grüne) hat sich umgehend der Erklärung angeschlossen.

Von 13 weiteren angeschriebenen Abgeordneten unserer Region haben 2 Abgeordnete der SPD ablehnend geantwortet und darauf verwiesen, dass u.a. die Atommächte nicht an den Verhandlungen teilgenommen hätten und dass es sinnvoller sei, mit diesen Staaten über direkte Abrüstungsschritte zu sprechen, bzw., dass die Bundesrepublik mit Unterzeichnung des Vertrages ihren Einfluss auf die atomare Strategie der Nato aus der Hand geben würde und dass eine Unterzeichnung gemeinsam mit den europäischen Partnerländern der Nato geschehen müsste. Die

anderen Vertreter*Innen von Landkreis und Friedensstadt Osnabrück hatten es - auch bei Nachfrage - noch nicht einmal für notwendig erachtet, auf dieses Anliegen überhaupt zu reagieren.

Den vergleichbaren ICAN-Städteappell haben mittlerweile 108 Städten der BRD, darunter die niedersächsischen Städten Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Göttingen sowie die Friedensstadt Münster unterzeichnet. Weiterhin haben sich 4 Bundesländer und 5 Landkreise bzw. Regionen ebenfalls hinter den Appell gestellt (6).

"Atombomben sind Massenvernichtungswaffen und gehören weltweit verboten, wie chemische und biologische Kampfstoffe!" so Thomas Müller von der Osnabrücker Friedensinitiative. Aber auch in Deutschland, im rheinland-pfälzischen Büchel lagern immer noch 20 US-amerikanische Atombomben, jede mit der 10-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Diese Bomben sollen jetzt teuer modernisiert und technisch verfeinert werden. Für diese Bomben stellt die Bundeswehr Piloten und deutsche Bundeswehr- Tornados zur Verfügung. Diese Tornados sind mittlerweile veraltet und sollen im Rahmen milliardenschwerer Anschaffungen durch neue F-18 Jagdbomber ersetzt werden. Nicht nur in einer Zeit der weltweiten multiplen Krisen, der Klimakrise, der Corona-Krise und der zunehmenden sozialen Ungleichheit, sondern grundsätzlich können wir uns solche Geldverschwendung nicht leisten, stellt die OFRI klar. Weiter weist er darauf hin, dass jeder, auch ein vermeintlich begrenzter Atomwaffeneinsatz - egal wo - zigtausende bis hunderttausende von Toten bedeutet, somit ein Menschheitsverbrechen wäre und ein Desaster für das weltweite Klima und die Umwelt auslösen würde.

Die Forderung der Osnabrücker Friedensinitiative lautet daher, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag endlich beitreten muss. Die Friedensstadt Osnabrück und die Abgeordneten aus der Stadt und dem Landkreis Osnabrück sollen sich offensiv und deutlich hierfür einsetzen, sich für eine Abrüstung aller Atomwaffen jetzt engagieren und nicht auf ferne Zukunft hoffen.“

(1) Atomwaffenverbotsvertrag von 2017, treaty on the prohibition of nuclear weapons

(2) Stand 13.1.2021, <https://www.icanw.de/grunde-fur-ein-verbot/offizielle-positionen/>

(3) ICAN: International Campaign to Abolish Nuclear weapons, mit mehr als 500 Organisationen in 103 Ländern

(4) Nichtverbreitungsvertrag NVV von 1970, erst befristet und seit 1995 unbefristet

(5) <https://www.icanw.de/abgeordnetenerklaerung/>

(6) <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>

Kontakt: Osnabrücker Friedensinitiative OFRI, c/o Thomas Müller, Voxtruper Str. 69, 49082 Osnabrück, th.mueller@osnanet.de

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen Osnabrück

„Entschlossen gegen Atomwaffen“

Die Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft hat im Juli 2017 einen Vertrag für ein weltweites Verbot von Atomwaffen aus humanitären Gründen beschlossen welcher am 22. Januar 2021 in Kraft tritt. Das Engagement der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN wurde im Dezember 2017 mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt. Wir, die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft, vereinigte KriegsdienstgenerInnen), sind Teil der fast 500 ICAN-Partner und haben als solche an einer Plakataktion zum 75sten Jahrestag der Bombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki teilgenommen. Die Atommächte bzw. Teilhaberstaaten wie Deutschland stellen sich aber weiterhin quer und blockieren konkrete internationale Beschlüsse für eine atomwaffenfreie Welt. Die Forderungen von Kampagnen wie „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt“ sind dabei:

- Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland
- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- Ein Verbot aller Atomwaffen weltweit

Diesen Forderungen schließen wir uns an. Als DFG-VK Osnabrück erwarten wir von allen Politikern Osnabrücks, dass sie ihre Einflussmöglichkeiten auf die Mitglieder des deutschen Bundestages nutzen, damit auch die deutsche Regierung den oben genannten Vertrag unterzeichnet und ratifiziert. Politiker der Stadt Osnabrück, deren Bürgermeister zu den Mayors for peace (Vereinigung von Bürgermeistern die sich gegen Atomwaffen stellen) gehört, dürfen nicht, wie teilweise zu beobachten war, die Verantwortung von sich auf die Atommächte schieben.

"Wenn Frieden gewollt ist braucht es keine Waffen, sondern Entschlossenheit."

Kontakt: DFG-VK Osnabrück; D.Lippold, Oppelner Strasse 8, 49086 Osnabrück, E-Mail: osnabrueck@dfg-vk.de

IPPNW Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung-Regionalgruppe Osnabrück

„Die Osnabrücker Gruppe der „Ärztinnen und Ärzte gegen den Atomkrieg und in sozialer Verantwortung“ begrüßt zusammen mit anderen friedenspolitischen Initiativen der Friedensstadt das völkerrechtliche Inkrafttreten des UN -Vertrags zum weltweiten Verbot von Atomwaffen am 22. Januar 2021. Damit ist die Gründungsaufgabe von ICAN, eines weltweiten, regierungs- und parteien-unabhängigen Netzwerks von über 450 zivilgesellschaftlichen Organisationen erfolgreich erfüllt, die 2006 von dem damaligen IPPNW-Präsidenten Ron McCoy aus Malaysia angestoßen worden war. Wie die IPPNW 1985 hat ICAN dafür zurecht den Friedensnobelpreis 2017 erhalten.

Nach wie vor gilt: Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen mit mindestens regionalen, wenn nicht globalen Auswirkungen. Ihr Einsatz würde zu einer humanitären Katastrophe führen!

Denn was würde die Explosion einer „kleinen“ Atombombe von 100 Kilotonnen Sprengkraft - etwa 8 x so viel wie die Hiroshima-Bombe - über dem Osnabrücker Neumarkt bedeuten?

Als erstes würde man einen Lichtblitz sehen, gefolgt von einer gewaltigen Druckwelle und anschließendem Vakuum mit entgegen gesetzten Sturmwinden. Häuser würde sich erst zu einer Seite lehnen, um dann zur Gegenseite umzufallen. Fliegende Trümmer würden für eine maximale Zerstörung sorgen und die gesamte Innenstadt innerhalb des Walls auf einen Schlag völlig vernichten mitsamt des Marien- und Kinderhospitals. Gleichzeitig würde sich eine massive Hitzestrahlung ausbreiten. Im Feuerball der Hiroshimabombe herrschten für eine Sekunde Temperaturen von 3000-4000°C, dem Siedepunkt von Eisen! Selbst in einem Radius von 5 km hätte kaum jemand Überlebenschancen aufgrund von Verletzungen und Verbrennungen. Das Klinikum Osnabrück und Franziskushospital wären schwerst beschädigt. Selbst in einem Radius von 10 km würden die meisten Menschen durch die bei der Explosion freigesetzte, massive, radioaktive STRAHLUNG innerhalb der folgenden Tage an der akuten Strahlenkrankheit qualvoll sterben. Das beträfe noch Belm, Bissendorf, Georgsmarienhütte, Hasbergen, Lotte, Wallenhorst und Wersen.

Damit würde eine lokale Atomwaffenexplosion zu einem Kollaps aller Gesundheitssysteme in der Region führen! Als Ärztinnen und Ärzte müssen wir unverändert aussagen: „Wir werden Euch nicht helfen können!“

Die IPPNW fordert deshalb von der jetzigen und erst recht von der kommenden Bundesregierung eine Zurücknahme des öffentlich erklärten Widerstands gegen den völkerrechtlich bindenden UN-Vertrag. Wir fordern von allen Bundestagsparteien zu prüfen, wie Deutschland diesem Vertrag künftig beitreten kann. Dazu muss Deutschland allerdings auf eine Sicherheitspolitik verzichten, die innerhalb der NATO die nukleare Abschreckung als Grundlage hat. Die erste Voraussetzung dafür ist der Verzicht auf nukleare Teilhabe und die klare Absage einer weiteren Stationierung oder gar „Modernisierung“ von Atomwaffen auf deutschem Boden unter Einbezug der Bundesluftwaffe wie in Büchel /Eifel. Ferner fordern wir erneut die Umsetzung des Ratsbeschlusses der Friedensstadt Osnabrück vom 6.3.2018, in dem der Oberbürgermeister aufgefordert wird, sich im Sinne des „Osnabrücker Signals“ bei der Bundesregierung für den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag einzusetzen!“

Kontakt: Dr. med. Thomas Lob-Corzilius, thlob@uminfo.de, Tel: 0541 41480, Mobil: 0176 27171858

Erich Maria Remarque-Gesellschaft e.V.

„Der Frieden wird mit Kanonen und Bombenflugzeugen stabilisiert,
die Menschlichkeit mit Konzentrationslagern und Pogromen.
Wir leben in einer Umkehrung aller Werte [...].
Der Angreifer ist heute der Hüter des Friedens,
der Verprügelte und Gehetzte der Störenfried der Welt.“
Erich Maria Remarque. *Liebe Deinen Nächsten*

Atomwaffen sind die grauenhaftesten Mittel zur Verstümmelung und Vernichtung der Menschheit. Ihre Produktion und Stationierung, ihr Einsatz oder auch nur die Drohung ihres Einsatzes sind die größten Verbrechen gegen die Menschheit.

Deshalb hat die Erich Maria Remarque-Gesellschaft im Dezember 2017 anlässlich der Vergabe des Friedensnobelpreises an ICAN („Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen“) ein „Osnabrücker Signal“ organisiert, bei dem auf einer großen Veranstaltung und einer anschließenden Demonstration mit ca. 400 Teilnehmer*innen diese gefordert hatten:

„Die Stadt Osnabrück möge eine offizielle Erklärung an die Bundesregierung richten mit der Aufforderung, dem Vertragstext zur Abschaffung der Atomwaffen [...] beizutreten und keine Atomwaffen auf deutschem Boden zu lagern.“

Unterzeichnet hatten diese Forderung zusammen mit der Remarque-Gesellschaft auch Kirchen, Gewerkschaften und viele Personen des öffentlichen Lebens.

Im Rat der Stadt Osnabrück wurde das „Osnabrücker Signal“ einstimmig unterstützt. Bemerkenswert war dabei die Haltung der CDU und des BOB. Sie beteiligten sich im Rat weder an der Diskussion noch an der Abstimmung.

Die Remarque-Gesellschaft hat die Hoffnung, dass nun endlich auch die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft.

Bernd Stegemann, Vorsitzender

Statements kirchlicher Träger

Ev.-luth. Kirchenkreises Osnabrück, Superintendent Dr. Joachim Jeska

„Mein Besuch in der japanischen Stadt Hiroshima hat mich tief geprägt. Ich fand mich inmitten einer modernen Stadt wieder und machte mir bewusst, dass hier am 6.8.1945 kaum noch ein Stein auf dem anderen stand. Bis heute zeugt die Ruine der Industrie- und Handelsmesse von dem unendlichen Leid und dem tausendfachen Tod, den die erste auf Menschen zielende Atombombe verursacht hat. Mir will es nicht in den Sinn, warum noch in unseren Tagen Atomwaffen hergestellt und zum Einsatz bereitgehalten werden! Wie denn wollen wir miteinander die Erde weiterhin bebauen und Gottes Schöpfung bewahren, wenn wir riskieren, sie auszulöschen?“

Pax christi Regionalverband Osnabrück/Hamburg

„Die Abschreckung hat in der Geschichte keinen Frieden gestiftet, sondern allenfalls eine Atempause gewährt, in der zudem immer wieder daran gearbeitet wurde, sie zu unterlaufen und auszuhebeln. So hat auch der Atomwaffensperrvertrag von 1970 als Teil der Abschreckungsstrategie der

Atomkräfte es zu keiner Abrüstung gebracht, sondern den bestehenden Status Quo verfestigt und abgesichert.

Ganz im Sinne von Sophie Scholl, die zu ihrer Zeit gesagt hat: „Wenn jeder wartet bis der andere anfängt, wird keiner anfangen!“, ist erfreulicherweise die Nichtregierungsorganisation ICAN tätig geworden. Mit weltweiter Unterstützung aus den Zivilgesellschaften hat sie den UN-Atomwaffenverbotsvertrag auf den Weg gebracht. Nach der Ratifizierung von 50 Staaten tritt der Vertrag nun am 22. Januar 2021 in Kraft. Ein großer Erfolg.

Zu Beginn einer nuklearen Abrüstung muss die Ächtung und nicht die Abschreckung durch Atomwaffen stehen. Was für Deutschland bedeutet, dass die in Büchel (Eifel) stationierten amerikanischen Atomwaffen abgezogen werden müssen und die Bundesregierung dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag endlich beiträgt.“

Friedensort Osnabrück / FO:OS

Ein Friedensort der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

„Aus verschiedenen Gründen ist das Inkrafttreten dieses Vertrages sehr bedeutsam.

Die kleine Zahl Atomwaffen besitzender Staaten wird hiermit auf neue Weise von einer großen Anzahl von Staaten ohne Besitz dieser Waffen herausgefordert, neue Wege zur Konfliktbearbeitung zu finden. Auch Deutschlands spezifisches Dilemma, keine Atomwaffen zu besitzen und trotzdem welche im Land stationiert zu haben, wird durch diesen Vertrag neu ins Bewusstsein gerückt und – auch gesamtgesellschaftlich – neu zu diskutieren sein.

Auf der Osnabrücker Friedenssynode 2016 hat die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers beschlossen, sich mit auf den Weg der weltweiten Ökumene zu machen, Kirche des gerechten Friedens zu werden. Eine der zehn beschlossenen Positionen der Landessynode lautet, dass „der Einsatz von militärischer Gewalt schrittweise durch zivile Ansätze zur Konfliktlösung ersetzt werden“ muss. Als Friedensort der Landeskirche erkennen wir in diesem Atomwaffenverbotsvertrag ein wichtiges Signal im Sinne dieser Position und einen konkreten Schritt in Richtung Schutz des Lebens, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Die Unterzeichnerländer - und mit ihnen eine weltweite zivilgesellschaftliche Bewegung - setzen sich für die Ächtung einer Sache ein, deren Zerstörungsmacht ungeheuerlich ist und für die wir trotzdem eine eher banalisierende Bezeichnung nutzen. Martin Niemöller dachte bereits in den 1950er Jahren öffentlich darüber nach, ob sich angesichts der umfassenden Vernichtungskraft nuklearer Sprengköpfe überhaupt von „Waffen“ sprechen ließe, oder ob ein völliges Umdenken erforderlich sei, um ihre Zerstörungsdimension angemessen auszudrücken. Ihre zerstörerische Kraft bedrohe ja keine etwaigen Feind*innen oder militärische Ziele. Sie unterscheidet nicht zwischen Freund und Feind oder zwischen Soldat*innen und Zivilbevölkerung. Sie unterscheidet gar nicht. Sie vernichtet Menschen unterschiedslos und das Leben schlechthin.

Es ist zu hoffen, dass hinter diese neue Marke, die der Vertrag setzt, nicht mehr zurückgegangen werden kann. Der vertrauten und über Jahrzehnte gefolgten Abschreckungslogik durch Atomwaffen wird eine Absage erteilt.“

Pastor Matthias Binder und Dipl.-Theol. Meike Jacobs